

KURZ UND PRÄGNANT

Keine Erhöhung der VS-Ausgaben

Vorwürfe des innenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion hat der LINKE-Abgeordnete Steffen Dittes zurückgewiesen. „Weder gibt es einen Koalitionsstreit, noch besteht in irgendeiner Form ein Defizit in Fragen der öffentlichen Sicherheit. Das Gegenteil ist der Fall. Ausgehend von den Erfahrungen mit dem Thüringer Landesamt für den Verfassungsschutz hat die rot-rot-grüne Koalition eine umfassende Reform des institutionalisierten Verfassungsschutzes verabredet, die nun schrittweise umgesetzt wird. Dazu gehören der grundsätzliche Verzicht auf das gefährliche Instrument der V-Leute und das Ende des Einsatzes von nachrichtendienstlichen Mitteln allein aufgrund politischer oder religiöser Einstellungen. Auch wird künftig ausgeschlossen, dass im Zuständigkeitsbereich der Polizei und der Staatsanwaltschaften das Amt für Verfassungsschutz mit geheimdienstlichen Mitteln parallel und unkontrollierbar ermittelt.“

Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, die personelle und sachliche Ausstattung des Amtes für Verfassungsschutz an die sich verändernde Aufgabenbeschreibung und -begrenzung anzupassen. „Das heißt eindeutig, dass es keine Mehrung der Ausgaben und der Ausstattung für den Geheimdienst geben wird, auch wenn dies scheinbar noch nicht alle im Amt realisiert haben“, so Steffen Dittes. ■

Runder Tisch für Geburt und Familie

Anlässlich des Internationalen Hebammentages am 5. Mai, der unter dem Motto stand „Hebammen für eine bessere Zukunft“, erinnerte die Gleichstellungs- und Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, an die nach wie vor kritische Situation bei den freiberuflichen Hebammen durch die hohen Haftpflichtprämien und jetzt die Weigerung der Krankenkassen, Hausgeburten unter bestimmten Kriterien nicht mehr bezahlen.

Eine Studie des Instituts für Gesundheits- und Sozialforschung zur Situation der Thüringer Hebammen werde in Kürze abgeschlossen und die Landesregierung werde die Ergebnisse vorlegen. „Der Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün macht deutlich, welch hohen gesellschaftlichen Stellenwert der Berufsstand der Hebamme hat.“ Jetzt werde durch das Sozial- und Gesundheitsministerium ein Runder Tisch für Geburt und Familie in Thüringen ins Leben gerufen. ■

Für eine möglichst umfassende Aufklärung

Neuer NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag hat sich konstituiert

Anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag am 22. April erklärte Katharina König, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss: „Das im letzten Jahr gegebene Versprechen, weiter intensiv an der Aufklärung des NSU-Komplexes zu arbeiten, wird nun aus Thüringen mit der Einsetzung eines weiteren NSU-Untersuchungsausschusses eingelöst.“

„Ob es gelingt, damit auch dem Verlangen der Opferangehörigen nach Antworten gerecht zu werden, wird sich in der kommenden Arbeit des Ausschusses zeigen. Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE werden sich mit allen Möglichkeiten dafür einsetzen“, so die Abgeordnete weiter.

Der Untersuchungsausschuss trägt die Kurzformel „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ und ausführlich lautet seine Bezeichnung: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem ‘Nationalsozialistischen Untergrund’ (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU“. Außer Katharina

König gehören von der Linksfraktion dem Ausschuss die Abgeordneten Steffen Dittes und Dieter Hausold als Mitglieder an. Vorsitzende des Ausschusses ist die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx.

Im neuen Untersuchungsausschuss muss es aus der Warte der Linksfraktion insbesondere darum gehen, neben den konkreten Themen, wie dem Ablauf des 04.11.2011 in Eisenach und dem Mord an der Thüringer Polizistin Michele Kiesewetter, vor allem die Aufklärungsarbeit zum NSU-Unterstützernetzwerk sowie Kenntnisse der Sicherheitsbehörden dazu zum Schwerpunkt zu machen.

In der Gesellschaft verankerten Rassismus thematisieren

„Inzwischen ist klar, dass dem ‘Trio’ umfangreiche Hilfe aus dem Umfeld der Kameradschaften und insbesondere der ‘Blood and Honour’-Bewegung zuteil geworden ist. Das Bundeskriminalamt spricht von mehr als 200 NSU-Unterstützern, unter denen sich laut Nebenklage-Anwälten im Münchner NSU-Prozess 42 V-Leute diverser Verfassungsschutzbehörden befinden“, betonte Katharina König.

Zusätzlich bedürfe es auch der Befassung mit dem Komplex der „Organisierten Kriminalität“ und seinen möglichen Verbindungen in das Unterstützernetz-

werk des NSU. Aber auch Fragen und Themenkomplexe, zu denen der Untersuchungsausschuss der letzten Legislatur zu scheinbar abschließenden Ergebnissen gekommen war, seien durch neue Entwicklungen im Münchener NSU-Prozess erneut in den Blick zu nehmen.

Erschreckend sei zudem das Ausmaß der Verhältnisse von Neonazis und V-Leuten im NSU-Prozess, welche mit vermeintlich fehlender Erinnerung, bewussten Lügen oder gar Verharmlosung der Aufklärung im Prozess entgegenwirken. „Neonazis erfahren vor Gericht, dass ihr Verhalten keinerlei Konsequenzen nach sich zieht und erhalten in ihrer Szene dafür Anerkennung. Dies trägt letztlich zu einer gefährlichen Stärkung weiterhin in Deutschland bestehender militanter Neonazi-Strukturen bei“, so die LINKE-Politikerin. Eines der maßgeblichen Probleme könne jedoch weder im neuen Untersuchungsausschuss, noch im Prozess alleine bearbeitet werden.

„Eine möglichst umfassende Aufklärung benötigt das Engagement aller – von parlamentarischen Ausschüssen über die Aufklärung im NSU-Prozess hinaus sei insbesondere die Zivilgesellschaft gefragt, um den in der Gesellschaft und ihren Institutionen verankerten Rassismus zu thematisieren und gegen diesen vorzugehen“, sagte die Abgeordnete abschließend. ■

Sollen Politiker die Sozialen Netzwerke nutzen?

Die Sozialen Netzwerke (oder Social Media) gewinnen innerhalb des sich rapide wandelnden Mediensystems auch für die politische Kommunikation immer stärker an Bedeutung (allein Facebook hat 28 Millionen Nutzer in Deutschland). Wahlkämpfe werden zunehmend im Web geführt und möglicherweise bald dort entschieden. Inzwischen nutzen 92 Prozent der Bundestagsabgeordneten Facebook und mehr als 50 Prozent den Kurznachrichtendienst Twitter. Doch auch die Risiken sind nicht zu unterschätzen.

In seinem Sachbuch „Facebook, Twitter Co. Soziale Netzwerke – eine Einführung (nicht nur) für Kommunalpolitiker“ widmet sich Stefan Wogawa nicht nur der Frage, ob (Kommunal-)Politiker überhaupt in diesen Netzwerken aktiv werden sollen. Er stellt die wichtigsten Netzwerke vor, erläutert, welche Kommunikationstypen für Politiker relevant sind (Unterscheidungskriterium ist hier das Verhältnis zwischen sachlichen und persönlichen Elementen in den mitgeteilten Inhalten), benennt Grundregeln (Transparenz, Authentizität, Kontinuität, Ehrlichkeit), macht Vorschläge für den Umgang mit Kritik, warnt vor schlechter Praxis und gibt in einem Exkurs Hinweise zur Daten- und Computersicher-



heit. Grundlage des Buches sind Seminare, die Stefan Wogawa, seinerzeit Onlineredakteur, für Wahlkreismitarbeiter/-innen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag durchgeführt hatte.

Er illustriert seine Darstellung mit anschaulichen Beispielen aus der Praxis, viele davon mit Thüringen-Bezug. Gerade die Darstellung von schlechter Praxis (sie reicht vom unprofessionellen Agieren über Polit-Autismus und

Sexismus bis zur Pöbelei) wartet mit handfesten Schnitzern auf, die es zu vermeiden gilt. Dabei kommt das Buch nicht staubtrocken daher, sondern durchaus mit einem Augenzwinkern. Das wird schon am einleitenden Zitat deutlich, das von der Zeichentrickfigur Homer Simpson stammt: „Das Internet? Gibt’s den Blödsinn immer noch?“

Erschienen ist das Buch im THK Verlag, herausgegeben wird es vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. (Kopofor). Es ist aber, wie der Untertitel sagt, nicht nur für Kommunalpolitiker gedacht. Und die Frage, ob Politiker die Netzwerke nun nutzen sollen?

„Im Prinzip gibt es darauf zwei Antworten“, schreibt Wogawa. Die sind: Ja, denn die Netzwerke multiplizieren eigene Stellungnahmen und machen sie einem großen Kreis von Interessenten zugänglich, sowie Nein, denn die notwendige Authentizität in den Sozialen Netzwerken erfordert Zeit, Aufwand und persönliche Exponierung.

A.R.

Stefan Wogawa: Facebook, Twitter & Co. Soziale Netzwerke – eine Einführung (nicht nur) für Kommunalpolitiker, 72 Seiten, THK Verlag, ISBN 97839450680038, 5,90 Euro